

Auf der Suche nach einer besseren Wirtschaftsordnung

B) Anmerkungen zu dem **Manifest der Freiheit** des Handelsblattes,
das als Reaktion auf den Mordanschlag in der Redaktion des Satiremagazins
CHARLIE HEBDO entstanden ist.

C) Einzelne Leserkommentare zum Themenkreis

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Januar 2015

Text 136.2

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

A) Diskussion von Beiträgen im CGW-Rundbrief,

der von den *Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V.* und ab der Folge 12 / 3 zusammen
mit der *Akademie Solidarische Ökonomie* herausgegeben wird.

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Januar 2015

Text 136.1

“Es ist nicht der Zweck des Staates, die Menschen aus vernünftigen Wesen zu Tieren oder Automaten zu machen, sondern vielmehr zu bewirken, dass ihr Geist und ihr Körper ungefährdet seine Kräfte entfalten kann, dass sie selbst frei ihre Vernunft gebrauchen, und dass sie nicht mit Zorn, Hass und Hinterlist sich bekämpfen, noch feindselig gegeneinander gesinnt sind. Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit.”

Baruch de Spinoza

B) Anmerkungen zu dem **Manifest der Freiheit** des Handelsblattes,

das als Reaktion auf den Mordanschlag in der Redaktion des Satiremagazins CHARLIE HEBDO entstanden ist.

Die Nachrichten am 7. Januar 2015 melden das Attentat von Islamisten mit zwölf Toten auf ein Satiremagazin in Paris. In dem Leitartikel der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 8. Januar mit dem Titel „Angriff auf die Freiheit des Geistes“ von Matthias Koch heißt es unter anderem:

... Paris ist eine tolerante, weltoffene Stadt. Für die große Masse friedliebender Muslime, die dort leben, gibt es nichts, worüber sie sich beklagen können. Doch Toleranz allein ist noch kein Schutz gegen Attacken der Intoleranten. ...

... Das bloße Anderssein genügt, um zum Terrorziel zu werden. So hatten auch die jahrtausendealten Buddha-Statuen im Baniyan-Tal niemandem in Afghanistan etwas getan. Dennoch zerschossen im März 2001 radikale Muslime die bis zu 53 Meter hohen steinernen Kunstwerke. ...

... Das alte Dilemma tritt nun neu hervor. Die freien Gesellschaften werden nicht in Frieden leben können, solange religiöse Radikale sich immer wieder mordend gegen die Freiheit als solche erheben, weil sie nicht zu ihrer fundamentalistischen Haltung passt. Gegen alle, die so denken, müssen Freiheit und Rechtsstaat mit Härte verteidigt werden.

Der Ausweg besteht aber am Ende nicht allein im Polizeilichen, auch nicht in einem neuen Nationalismus oder in der Abschottung gegenüber ganzen Religionsgemeinschaften. Ein Schlüssel wird eher darin liegen, religionsübergreifende Bündnisse zu schaffen, beizutragen zu einem gemeinsamen Bekenntnis verschiedener Religionen zum Rechtsstaat und zum friedlichen Zusammenleben. Die Gefährlichen und Gewaltbereiten müssen entlarvt und isoliert werden. Es gibt sie überall, in den Reihen der Islamisten, aber nicht nur dort.

Die Freiheit des Geistes besteht nicht bedingungslos, ebenso wenig die Toleranz. Die Freiheit des Geistes kollidiert schon dann mit der Religionsfreiheit, wenn letztere dazu benutzt wird, mittels Indoktrination bestimmte Glaubensbilder in die Köpfe von Menschen zu verankern. (Das gelebte Vorbild ist dem Glauben adäquat, die Mission trägt in sich die Fragwürdigkeit.) Die Toleranz nährt sich aus der eigenen Existenzsicherheit und aus der Ebenbürtigkeit der Menschen. Toleranz kann nicht durch Bündnisse religiöser, politischer oder sicherheitstechnischer Art gefördert und gesichert werden, sondern die Förderung von Existenzsicherheit und Ebenbürtigkeit fördert und sichert die Toleranz. Die Arbeit, die sich die CGW und die Akademie Solidarische Akademie vorgenommen haben, trägt – wenn sie konsequent verfolgt wird – nicht nur zur Förderung der Toleranz bei, sondern ist auch ein Friedensdienst. Es macht keinen Sinn, Terroristen einfach als Terroristen einzustufen, sie sind sozusagen minimalisierte Abbild, staatlicher Streitkräfte, denen der Segen der Kirchen gewiss ist. Im Zusammenhang mit dem Terrorismus auf die Rechtsstaatlichkeit hinzuweisen, geht auch in die Irre, weil a) die Rechtsstaatlichkeit schon durch die Fülle der Gesetze und Verordnungen sabotiert wird aber b) noch mehr dadurch, dass Gesetze offensichtlich die Gerechtigkeit verletzen.

> Obwohl Gerechtigkeit eigentlich ein undefinierbares Ding ist, wie alle Grundbegriffe der Kulturen - Zeit, Raum, Kraft, Seele und so weiter, wissen wir alle, was sie bedeutet. Es gibt einen Teil von uns selbst, der Gerechtigkeit heißt und sich bemerkbar macht. Der Gerechtigkeitsbegriff ist der Aufstand menschlichen Moralbewußtseins gegen die Raubtierklauen. Das heißt, die Raubtierklauen sind das Symbol dessen, was unserem Gerechtigkeitsgefühl diametral entgegengesetzt ist. Der Mensch hat entdeckt, daß Gerechtigkeit eine erfülltere Lebensform ist als Ungerechtigkeit, und deshalb gehen seine Bestrebungen in diese Richtung. Soll man dann das Schwache nicht auslöschen? fragen die Leute. Doch, gewiß; aber nicht nach Art des Raubtiers, das denen, die einen schwereren Stand haben, Gewalt antut, sondern auf wissenschaftliche Art und Weise, indem man entweder denen, die einen schwereren Stand haben, unter die Arme greift, oder verhindert, daß Untermaß entsteht. Der qualitative Unterschied zwischen dem Starken und dem Schwachen ist ein Thema für endlose wissenschaftliche Dispute, doch gegenüber der Gerechtigkeit sind alle Menschen vollkommen. <

Haldór Laxness

Das Volksbuch / Über Island und Gott und die Welt, 2011, S. 113 f.

Ogleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag - der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage:

Auf der Suche nach ... - 3 - Text 136.2 TA / 1/ 2015

»Ist es weise?« drehen, wie um die Frage: »Ist es recht?«
Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen. Weise ist nur, was gerecht ist; dauernd ist nur, was recht ist.

Henry George

Zitat aus der Zeitschrift Fragen der Freiheit (Hrsg.: www.sfo.de), Heft 245, Okt.-Dez. 1997 mit dem Generalthema „Fortschritt und Armut – Leben und Werk Henry George“

Wenn die Regierenden dieser Welt sich weigern, den Mangel an Gerechtigkeit zwischen den Menschen und den von ihnen gebildeten Völkern zu beheben und dann versuchen ihr Versagen, das sich in der durch Kriege, Hunger und ungleiche Chancen ausgelösten Migration¹ und Vermischung der gewachsenen Völker offenbart, mit dem Stempel „Vielfalt“ die in Wirklichkeit eine Einfallt ist, zu kaschieren, dann ist zu fragen, wer eigentlich heutzutage die Terroristen sind. Welche Täter sind gefährlicher? Die Mörder von Paris oder die Regierungsvertreter in Brüssel, die es dazu haben kommen lassen, dass hunderte Flüchtlinge im Mittelmeer umkommen, weil sie es in einem Jahrhundertprozess versäumt haben, in Afrika und anderswo Verhältnisse zu schaffen, die die Menschen dort zum Verbleiben einladen? Es ist doch nicht so, dass die ganze Entwicklung der Weltverhältnissen nicht vorhersehbar waren. Sie wurden maßgeblich von der Politik des Westens geprägt. Am 1. 5. 2001 schrieb ich:

Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen: Zehntausende, Hunderttausende dann in Millionenschüben. Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte. Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt dagegen wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher.

(Der Gedanke geht auf eine Diskussion mit einem Freund in den 80er Jahren zurück. Mehr darüber in dem Text „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil“, S. 67/68 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1%20Offener%20Brief%20Nds.Landtag%20II.pdf>)

¹ Die sich also nicht durch eine natürliche durch Neugierde getriebene und durch den Hang zur Sesshaftigkeit gebändigte Wanderung einstellt und in der Regel als Bereicherung des eigenen Lebens empfunden wird.

Am Morgen des 9. Januar 2015 ist in der HAZ unter dem Titel „*Das war ein Anschlag auf den Islam*“ in einem Interview von Daniel Alexander Schacht auf die Frage: „Was muss jetzt geschehen?“ die Antwort des Professors für Religionswissenschaften, Rauf Ceylan, zu lesen:

„Es geht jetzt nicht um theologische Fragen. Solange es in der Welt Armut, Ausgrenzung und Kriege gibt, werden wir die Folgen auch in Europa spüren. Die Europäer müssten daher statt der Interessenpolitik eine Prinzipienpolitik betreiben, um in der Welt glaubwürdig zu bleiben.“

Im Handelsblatt-Morning-Briefing vom 9. Januar 2015 kündigt der Herausgeber Gabor Steingart ein **Manifest der Freiheit** wie folgt an:

Der radikale Islam hat das **Denken und Fühlen im Westen** verändert. Aber anders als von Front National und Pegida erwartet, führen die **Anschläge von Paris** bisher nicht zu mehr Intoleranz, sondern zu **erhöhter Nachdenklichkeit**. Diese möchte auch unser **Wochenendtitel** befördern. Chefredakteure, Ressortleiter und Korrespondenten aus den USA und Frankreich haben - noch unter dem Schock der Ereignisse - **zur Feder gegriffen**. Das Ergebnis ist ein wuchtiges "**Manifest der Freiheit - 11 Werte, auf die es jetzt ankommt**". Es geht unter anderem um Respekt, Glaube, Glück, Neugier und die Sehnsucht nach einer neuen Weltordnung. Nie zuvor habe ich unsere Wirtschaftszeitung so **traurig**, so **entschlossen**, so **leidenschaftlich** erlebt wie gestern.

Dort ist zu lesen:

> Die Schüsse von Paris waren Schüsse auf die freie Welt. Nach dem Attentat auf die Redakteure der Zeitschrift „Charlie Hebdo“ sind Neubesinnung und Orientierung notwendig – der zentrale Wert unserer Zeit heißt Freiheit. <

Nach drei Redaktionskonferenzen sind diese Einsichten sicher schon wieder vergessen. Ich kopiere und kommentiere jetzt herausgehobene Zitate aus den Beiträgen zum Manifest der Freiheit des Handelsblattes:

> Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren. <

Benjamin Franklin
amerikanischer Präsident
und Schriftsteller

Wer als Wirtschaftsjournalist der Freiheit dienen will, muss der Gerechtigkeit den Vorrang vor der Rendite geben. Franklins Aussage ist aber auch eine Mahnung an die NGOs die nach

meiner Wahrnehmung in der Mehrzahl die Neigung haben, bei der Realisierung ihrer Reformvorschläge nicht nach dem Verlust an individueller und gruppenkollektiver Freiheit zu fragen.

**> Ich bin nicht eurer Meinung, aber ich werde darum kämpfen,
dass ihr euch ausdrücken könnt. <**

Voltaire
Philosoph

Gabor Steingart schreibt im Handelsblatt-Morning-Briefing vom 6. 1. 2014:

„**Bild kämpft** - und zwar **gegen Pegida**. 50 Prominente kommen in der heutigen Ausgabe zu Wort, darunter **Thomas Gottschalk, Helmut Schmidt, Wolfgang Schäuble und Oliver Bierhoff**, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz aussprechen. ...“

Aber gerade von „Bild-Chef“ Kai Diekmann und den „anständigen“ Deutschen, die in ihrer Mehrheit durch politische Blindheit dafür gesorgt haben, dass sich mit Pegida eine bemerkbare Protestbewegung gebildet hat, die leider die Opfer von Flucht- und Wanderungsbewegungen und nicht die politischen Täter im Visier hat, wird die Haltung von Voltaire nicht nachvollzogen. Einen schlechten Gedanken oder eine ausländerfeindliche Haltung bekämpft man nicht mit einem Boykott, oder der Kriminalisierung einer abweichenden politischen Meinung, sondern mit der besseren Idee und der besseren sozialökonomischen Lösung. Eine Demokratie, in der die Mehrheit der Minderheit das Recht nimmt, ihr Unbehagen zum Ausdruck zu bringen ist eine Form von Diktatur.

**> Europa muss nicht nur seine gemeinsame Währung, sondern
wir müssen auch unsere gemeinsamen Werte bewahren. <**

Das hört sich im ersten Durchgang gut an. Aber automatisch folgt doch die Frage, was sind den die gemeinsamen Werte der Europäer und in Europa die der Deutschen? Wer lässt denn diese Werte zur Phrase verkommen? Die Europäer, die Deutschen oder die Islamisten? Die Feinde der Freiheit sitzen doch bei uns in den Parlamenten. Das Bild von der gemeinsamen Währung ist auch schief. Der Euro ist nicht die Währung von Europa, nicht einmal von allen EU-Mitgliedern und er ist in seiner jetzigen Form auch nicht das verbindende Glied der europäischen und das aussöhnende Glied mit den nichteuropäischen Staaten. Das Exklusiv-Interview des Handelsblattes (HB vom 2./3./4. Januar 2015) mit dem EZB-Chef Mario Draghi zeigt mir zwar den guten Willen des Präsidenten und der Redaktion, aber nicht die Einsicht in die Fehlkonstruktion des Euro und in der Unzulässigkeit der EZB-Politik.

**> Die Religionsfreiheit, die allen garantiert ist, regt das Aufblühen
der Freundschaft an und ist ein Zeichen des Friedens. <**

Papst Franziskus

Die Religionsfreiheit schließt aber auch die Kritik der Religionen ein, sonst wird sie zu einer Vergewaltigung des freien Geistes. Gegenseitiger Respekt von Gläubigen und Ungläubigen nimmt dem manchmal nicht vermeidbaren gedanklichen Konflikt zwischen ihnen die Schärfe. Ansonsten gilt, was Michail Gorbatschow im SPIEGEL Nr. 3 /2015 (S. 98) sagt: „**Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn Andersdenkende unterdrückt werden.**“ Diese Aussage bleibt aber eine Leerformel, wenn sie nicht nach allen Seiten gilt.

**> Europas gesamte Ideengeschichte dreht sich letztlich um die
Definition von Macht – aber auch deren sinnvolle Kontrolle, die diese
Macht erst legitimiert. <**

Die deutsche politische Klasse benimmt sich doch so, als seien sie die berechtigten Erben monarchistischer und diktatorischer Macht, innerhalb dieser Klasse dreht sich der Streit um die Frage, wer denn der legitime Erbe ist. Und in der EU wiederholt sich das Machtspiel nur auf einer höheren Ebene. Die Macht des Volkes, die Basis der Demokratie, hat doch nur einen dekorativen Charakter. Deutschland und Europa trägt seine Bedrohung in sich selbst. Die Machtfrage wird zudem verlogen gestellt und beantwortet, weil entgegen der Allgemeinen Erklärung Menschenrechte de facto davon ausgegangen wird, dass die Menschen unterschiedliche Rechte haben, je nachdem, ob sie in einem Staat geboren wurden, dessen Boden reichlich mit Bodenschätzen gesegnet ist oder in einem rohstoffarmen Land und dort leben. Genauso wird den Bürgern eines großen Staates und ihren Repräsentanten eine aus der Größe abgeleitete Macht zugeordnet, die diese in die Lage versetzen, kleine oder schwächere Staaten zu dominieren. Und dieser Vorgang wird auch noch durch die oft unterwürfige Haltung² der Regierungen kleinerer Staaten gegenüber sogenannten Weltmächten verstärkt, wie im Falle Deutschlands gegenüber den USA. (Das ist eine Kritik der deutschen Politik und keine Amerikafeindlichkeit, die USA hat uns neben ihrer negativen Ausstrahlung viel Positives zu bieten!)

2 Diese Unterwürfigkeit wird dann den Bürgern als Freundschaft vermittelt.

> Nobelpreisträger aus der islamischen Welt sind etwa so häufig wie katholische Hochämter in Mekka. <

Hier kommt gut die Arroganz des Westens zum Ausdruck. Das Abendland hat zwar seine eigenen Leistungen aufzuweisen und darf darauf stolz sein. Es darf aber nicht vergessen, dass es nur Fackelträger der Kultur und Wissenschaft ist und braucht keine Minderwertigkeitsgefühle entwickeln, wenn es die Fackel weiterreichen muss. Der Ursprung der Kultur des Abendlandes liegt – wenn ich die Geschichte richtig verstanden habe - im fernen und nahen Osten und im Norden Afrikas und ist über Griechenland und Rom zu uns in den Norden gekommen. In dem Konzert der Überbewertung des Abendlandes hat die deutsche Politik nach der NS-Schmach Dissonanzen eingebaut, die alles Deutsche mit einem negativen Vorzeichen versah. Ich vermute, dass auch hier der eigentliche Grund für das neue Aufbegehren unter dem Kürzel *Pegida* zum Ausdruck kommt. Der jüdische Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges, Ludwig Freund, der spätere Professor für Soziologie und Politikwissenschaften formuliert es 1963 in seinen „Aussenpolitischen Grundsätzen“ (S.57 f.) so:

Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am I d e a l der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach g r ö ß t m ö g l i c h e r Objektivität und G a n z h e i t (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. Die Tatsache, daß Objektivität als solche unerreichbar ist, ist Anlaß zu unendlichem, nie vollendetem Bemühen, nicht aber die Chance für intellektuelle und politische Freibeuterei in den Gefilden der Wissenschaft.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Der Mensch ist in der Mehrheit an ein Revier gebunden und diese Bindung ist an eine Vertrautheit mit den jeweiligen Verhältnissen und mit der Art der Menschen gekoppelt, wie sie im Revier bekannt sind. Wenn man bedenkt, dass das

Revier der Menschen im heutigen Ostdeutschland mit der Wende und Vereinigung der deutschen Republiken enorm umgestaltet wurde und die weiteren Veränderungen im Groß-Revier – dessen Kunde die Medien täglich ins eigene Haus tragen und die zudem in einer unsicheren sozialökonomischen Lage stattfinden, dann ist es überhaupt nicht verwunderlich, dass eine Islamfeindlichkeit sich dort entwickelt hat, wo wenig Islam-Gläubige leben.

Der Verlust des vertrauten Reviers erzeugt auch Heimweh, nach dem Ort oder der Zeit, wo alles anders war als hier oder jetzt. Die Vergangenheit verliert häufig ihre Enge und ihre Schrecken. Verglichen wird das negative Heutige mit dem positiven Gestrigen. In der letzten Ausgabe des *Gesprächs aus der Ferne*, Heft Nr. 407, die mit dem Tod des letzten Redakteurs und Herausgebers Dr. Günter Geschke, ihr Erscheinen einstellt, thematisiert Prof. Dr. Dieter Dieterich nach einer Auseinandersetzung mit einer Studie von Michael Fredholm, Stockholm mit dem Titel „Ausgehöhlte Seelen – eine Leere, die es zu füllen gilt / Wie wird man als US-Amerikaner oder Europäer ein Dschihadist?“ das Thema Heimweh in Bezug auf die Verführung ein Dschihadist zu werden. Er greift bei seinem Versuch der Deutung auf die Dissertation aus dem Jahr 1909 des Arztes, Psychiaters und Philosophen Karl Jaspers zurück. Der Titel der Dissertation lautet: „*Heimweh und Verbrechen*“. Dieter Dieterich wendet das Thema zwar auf die Islamisten an. Es ist nach meiner Ansicht aber auch erhellend, wenn es auf die Anti-Islamisten angewendet wird. Beide Texte sind unter <http://www.gadf.de/startseite/index.php> oder direkt unter: http://www.gadf.de/aktuelle_ausgabe/pdf/GADF_Ausgabe_407.pdf zugänglich. Es folgt eine Leseprobe:

Von einem auch nur vermuteten Zusammenhang zwischen Verlassenheitsgefühl, Heimweh und Verbrechen – ausgerechnet bei jungen Mädchen in Mitteleuropa – hatte ich bisher nichts gehört oder gelesen. Als ich dann die Dissertation las, war ich einfach sprachlos, und seither treibt mich das Thema um. Heimweh und Verbrechen, das scheint gar nicht zu sammenzupassen. Man hat daher schon im 17. Jahrhundert (!!) die „Heimwehkrankheit“ als „Nostalgie“ bezeichnet (nóstos = Heimkehr, álgos = Schmerz). Das klingt zwar abgehobener, wissenschaftlicher, erleichtert das Verständnis aber nicht. Jaspers durchforstet in seiner Doktorarbeit die ganze zu der Zeit zugängliche Literatur, beschreibt die massiven, auch körperlichen Symptome der Heimweh-Erkrankung, die unbehandelt sogar in die Psychose oder auch zum Tod führen kann. Es ist belegt, dass einzig die erlaubte Heimkehr zur Gesundung führt und zwar erstaunlich rasch. Eine wahrhaft „seelische Erkrankung“ also Versuch einer Deutung heute ...

> Der ökonomische Erfolg der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union ist ganz grundlegend mit dem rechtlichen Schutz des Eigentums verbunden. <

Sven Afhüppe, Chefredakteur des Handelsblatts, schreibt in seinem Beitrag zu den Thesen:

Schon Aristoteles kannte die Vorzüge einer staatlich geschützten Eigentumsgarantie. Der Staatsphilosoph war davon überzeugt, dass der Einzelne durch den Eigentumsschutz „den Gütern mehr Fürsorge zuteilwerden lässt als die Gemeinschaft“. Auch die Wirtschaftlichkeit werde durch das Vorhandensein von Eigentum verbessert. Anders formuliert: Wohlstand entsteht durch Eigentum.

Wie richtig diese Gleichung ist, hat sich mit dem schrittweisen Niedergang kommunistischer Regime in den vergangenen drei Jahrzehnten gezeigt. Ohne einen gesicherten Selbstbehalt des Eigentums fehlt die Triebfeder für Fortschritt, Wachstum und für Wohlstand.

Diese Erkenntnis hat Ludwig Erhard, der Vater des deutschen Wirtschaftswunders, in den Mittelpunkt seiner politischen Agenda „Wohlstand für alle“ gestellt. „Eine starke Triebfeder der wirtschaftlichen Leistung ist das Streben nach Eigentum“, schrieb der ehemalige Kanzler.

Das ist richtig, aber doch nur die halbe Wahrheit, denn schon von Aristoteles ist überliefert, dass er es als einen unnatürlicher Vorgang bezeichnet, wenn das Geld Geld heckt. Und für Ludwig Erhard und die Ordoliberalen war das Kapitaleinkommen mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft nur noch eine Restgröße. Dass diese Erwartung sich nicht erfüllt hat, liegt daran, dass die Kräfte in der Startzeit der Bundesrepublik - die den Kapitalismus wollten – stärker waren als jene, die die Soziale Marktwirtschaft wollten – die nie ausformuliert wurde. Weiter heißt es bei Afhüppe:

Freiheit für ein Leben in Eigenverantwortung – ohne die Abhängigkeit von sozialen Transfers durch den Umverteilungsstaat.

Der Schutz des Privateigentums vor staatlichem Zugriff ist für Arbeitnehmer wie für Unternehmer Voraussetzung für eine freiheitliche Entwicklung. Deshalb muss auch das geistige Eigentum, unternehmerische Ideen und Innovationen, vor dem diebischen Zugriff Dritter geschützt sein.

Den ersten Satz kann ich voll unterschreiben, nur bleibt anzumerken, dass der Sozialstaat ja nur der missglückte Versuch ist, die Fehler in der Eigentumsordnung zu korrigieren. Eigentum kann nach den Weisen des Altertums, der christlichen Soziallehre und einem tieferen Verständnis von Marktwirtschaft als ein dezentrales System des Leistungsaustausches nur das für eine Person sein, was aus seiner Arbeit hervorgeht und nicht das, was die Natur oder ein Gott den Menschen als Existenzbedingung in die Wiege gelegt hat. Es ist auch ein Un-

ding per Patentrecht ³ mit Vorleistungen der Wissensgemeinschaft, ohne die keine Erfindung gemacht wird, andere über einen Monopolpreis auszubeuten. Wenn wir neben der staatlich verursachten Abgabenlast von rund 50% des Bruttoeinkommens noch die 30 bis 40 % an Zinslast – die der Kapitalismus vom Nettoeinkommen erpresst und über den Preis der Güter einzieht – betrachten, dann ist der Bürger nicht sein freier Herr, sondern ein Sklave des staatlichen Monopolkapitalismus – um mit einem Begriff der marxistischen Linken der Alt-BRD das Verhältnis zu beschreiben.

Wenn die Sozialwissenschaften – einschließlich der Wirtschaftswissenschaften – und die Rechtswissenschaften in Bezug auf das Eigentum wirklich Wissenschaften wären - und nicht nur das Pendant zu ihren ideologischen Schwesterinstitutionen, die mit dem Untergang der DDR untergegangen sind -, dann würde ein Buch wie „Theorie des Eigentums“ von Pierre-Joseph Proudhon nicht in einem Kleinverlag erschienen sein, sondern ein Lehrbuch für heutige Studenten. ⁴

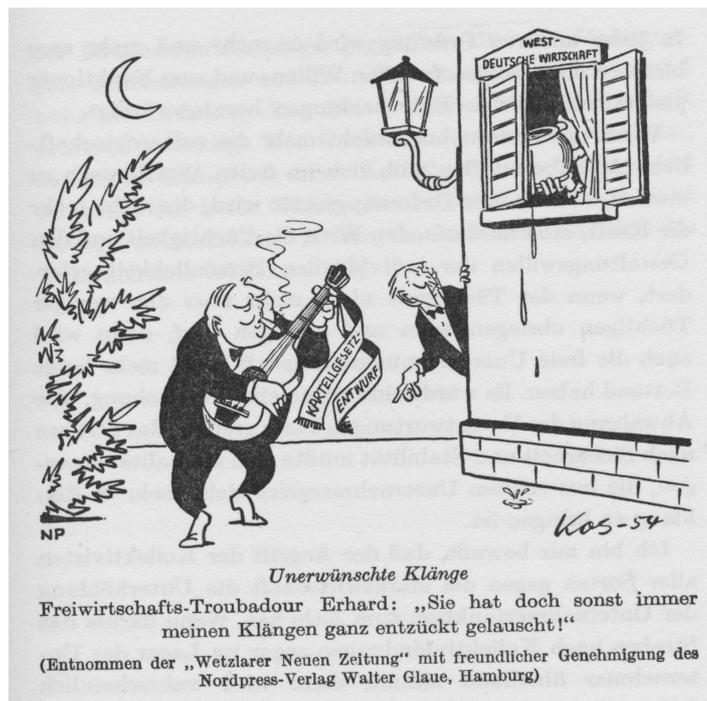
Das Handelsblatt bringt in ihrem Manifest neben anderen auch ein Bild von Ludwig Erhard mit seinem Buch *Wohlstand für alle* in der Hand. Der Verlag des Handelsblattes hat neulich das Buch auch als Werbegeschenk eingesetzt. Das halte ich für eine gute Idee, warum sollen nur Salafisten den Koran verschenken und nicht Zeitungsleute ein Buch mit einer anderen Intention. ⁵Aber ich habe noch nicht wahrgenommen, dass das Handelsblatt seinen Lesern auch vermittelt hat, dass Erhard nicht nur der dominante Gestalter der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war, sondern auch ein von der Lobby Getriebener und ein von der CDU Ausgebremster. Er ist sozusagen das Symbol der schon im Start gescheiterten Idee von der Sozialen Marktwirtschaft, die nur als Worthülse überlebt hat. In der Auflage von *Wohlstand für alle* von 1957 findet sich auf der Seite 1995 folgende Karikatur:

(nächste Seite)

3 Zum Thema Patentrecht wird man fündig unter: www.sffo.de

4 Übersetzt von Lutz Roemheld mit einer Einleitung von Gerhard Senft, 2010, Verlag für Sozialökonomie.

5 Ich kann nicht einschätzen, ob der Koran oder Erhards Buch mehr Zuspruch bei den Lesern findet.



Im Magazin *DER SPIEGEL* vom 9. September 1953 ist in der Titelstory „SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT / Die Flucht nach vorn“ zu lesen:

Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen:

„Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich – soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht.“ ...

Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug, als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettsitzungen, Erhard nicht. ⁶

So, wie es schwierig oder unmöglich ist, eine Maschine zu entwickeln und gleichzeitig -

⁶ Der ganze Artikel aus dem SPIEGEL, Jg. 7, Nr. 37 vom 9. September 1953, S. 11 – 17 ist zu lesen unter: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/42.1%20Fragen%20Antworten%20Anhang%20Erhard%201953.pdf>

nicht nur probeweise sondern produktiv - anzuwenden, so war es auch mit der Entwicklung und Anwendung einer Wirtschaft in einer Situation, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte. Trotz Vorarbeiten von Ordoliberalen und Freiwirtschaftlern, die sich in der *Aktionsgemeinschaft Sozialer* (ASM) zusammen fanden, musste Erhard und seine Mannen im Trommelfeuer des Widerspruchs aus der Opposition und des eigenen Lagers auf der Grundlage eines unausgereiften Modells politisch handeln. In den ersten Protokollen der Jahrestagungen der ASM ist schon von den Schwierigkeiten zu lesen. Bevor sich die Ordoliberalen und die Freiwirte über die einzelnen Bausteine der Sozialen Marktwirtschaft verständigen konnten, wurden sie aus ihrer eigenen Gründung heraus gedrängt und ihre Spuren wurden verwischt. Tonangebend waren dann die Leute, die Marktwirtschaft mit Kapitalismus gleichsetzten. Ludwig Erhard wurde nach meiner Einschätzung von denen verraten, die mit öffentlichen Geldern und reichlichen Zuwendungen aus der Wirtschaft gegründeten Institute „besetzten“, die die Namen von bekannten Ordoliberalen wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke oder seinen eigenen Namen tragen und beanspruchen die Alleinerben der Idee von der Sozialen Marktwirtschaft zu sein.⁷

C) Einzelne Leserkommentare zum Themenkreis

Anmerkungen zu Ausgaben des **Handelsblatt-Morning-Briefings**
von Tristan Abromeit / 22. Dezember 2014
abromeit(et)t-online.de
www.tristan-abromeit.de

22, 12, 2014

>> Eine **ungewöhnliche Bilanz** zum Jahresende: **Schwarzarbeit und Sozialbetrug** waren 2014 **deutlich teurer** für unseren Staat als die **Euro-Rettung**. Auf rund 340 Milliarden Euro wird das Volumen der Schattenwirtschaft in Deutschland geschätzt. Allerdings wurden nur Betrügereien **im Wert von 780 Millionen Euro** aufgedeckt. Das **Handwerk und die Gewerkschaften** wollen nun gemeinsam dagegen vorgehen. Das ist eine **große Koalition**, die zu unterstützen sich lohnt. <<

TA: Das Vorhandensein von Schwarzarbeit und Sozialbetrug ist ein Beleg dafür, dass wir

⁷ Siehe auch: Ordoliberalismus und Freiwirtschaft. Fragender Freiheit, Heft 273/4, 2006, www.sffo.de
Freiheit oder? Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ... von Ernst Winkler

keine marktwirtschaftliche Ordnung haben. In einer Marktwirtschaft wäre das Wort Schwarzarbeit nicht nur ein Fremdwort, sondern ein Unwort. Ich schätze, dass 95 % der Menschen, die einen Sozialbetrug begehen, ihren Nachbarn und ihre Freunde nicht bestehlen oder betrügen. Also ist zu fragen, was die Menschen hindert, auch in Bezug auf Sozialleistungen ehrlich zu sein. Eine Ursache könnte die Anonymität des staatlichen sozialen Sicherungssystems sein. Eine andere, das berechtigte Gefühl, bei der Einkommens- und Vermögensverteilung ginge es auch nicht ehrlich zu. Da müsse man sich schon im kleinen Rahmen - wo es möglich ist - schadlos halten.

18. 12. 2014

>> Immer mehr Experten empfehlen einen **Soli zur Förderung der Elektromobilität**. Dieser Soli wäre eine befristete Sonderabgabe auf **Benzin und Diesel**; innerhalb von drei Jahren können so gut zwei Milliarden Euro zusammenkommen. Einerseits wäre das womöglich eine gute Sache. Andererseits hat man jetzt schon das Gefühl, dass dieser Soli auch dann nicht verschwindet, wenn wir vom Autofahren längst zum **Fliegen** übergegangen sind. <<

TA: Solche Förderungsprogramme sind ein Angriff auf die Marktwirtschaft. Wenn diese ein gutes Produkt nicht über den Markt transportiert, dann ist nicht ein Griff in die Interventionskiste des Staates erforderlich, sondern die Beseitigung der Störungen, die die Mobilisierung von Angebot und Nachfrage verhindern. Von einer Wirtschaftszeitung mit Ruf kann man erwarten, dass hier nach Antworten gesucht werden.

16. 12. 2014

>> ... die **ausländerfeindlichen Demonstrationen** in Dresden, Köln und anderswo haben jetzt auch die Kanzlerin auf den Plan gerufen. In Deutschland sei "**kein Platz für Hetze und Verleumdung** von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen". Recht hat sie: Kulturell wäre ein deutsches Deutschland eine **Armseligkeit**, ökonomisch ein **Zwergstaat**. Die Wohlstandsnation **Deutschland ist bunt oder gar nicht**. <<

TA: Unsere Kanzlerin ist keine Ministerratsvorsitzende der DDR. Persönlich kann sie wie jede Bürgerin eine Abneigung gegen bestimmte Ansichten oder Forderungen haben, als Bundeskanzlerin hat sie die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht zu verteidigen, auch wenn ihr die Inhalte überhaupt nicht passen. Das gilt auch für Redakteure und Normalbürger. Damit ist noch nichts zu den Themen *Ursachen von Fremdenfeindlichkeit, Zuwanderer und*

Flüchtlinge gesagt, aber von einer Wirtschaftszeitung – sofern sie nicht Sprachrohr bestimmter Kreise ist – darf man erwarten, dass sie analysiert, wer Nutznießer und wer Verlierer von Wanderungsbewegungen ist und welche ökonomischen Faktoren Wanderungsbewegungen, die über ein gesundes Maß der gegenseitigen Befruchtung der Völker hinausgehen, auslösen. Dabei kann man davon ausgehen, dass Kriege Ursache von ungelösten ökonomischen Konflikten sind. Religionen sind dann nur die Fahnen, unter denen man sich zur Gegenwehr versammelt.

Der Artikel 1 der allgemeinen Menschenrechte lautet:

>Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.<

Wenn der Artikel wirklich Gültigkeit haben soll, dann muss gelten was Silvio Gesell zum Sinn des Wortes Freiland sagt:

> Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen - ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde. <⁸

TA: Im Hinblick auf die Entwicklung der Menschheit ist aber auch zu berücksichtigen, was der verstorbene Astrophysiker Peter Kafka sagt:

> Damit Aufstieg das Wahrscheinlichere wäre, müssten offenbar zwei Grundvoraussetzungen eingehalten werden, die in der bisherigen Geschichte der Evolution stets garantiert waren. Meist nenne ich sie schlagwortartig »Vielfalt und Gemächlichkeit«. Es ist uns gelungen, diese durch »Einfalt und Eile« zu ersetzen. Und das bedeutet Niedergang, ja Absturz im Raum der Möglichkeiten.<⁹

TA: Gegen Artikel 1 der allgemeinen Menschenrechte und der Aussage von Gesell steht nicht die Marktwirtschaft aber wohl der Kapitalismus mit seinem Anspruch auf Rente und Zins. Und die Vielfalt der Kulturen und Ethnien ist das Gegenteil von deren Einfalt, die durch ökonomische Zwänge (auch in ihren kriegerischen Formen) ausgelöst wird. Die Politik, die auf eine multikulturelle Gesellschaft ohne Rücksicht auf gewachsene Kulturen setzt – nur weil sie nicht bereit ist, vorhandene ökonomische Probleme zu lösen - ist nur

8 Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, Ausgabe 1949, S. 92

9 Peter Kafka, Das Grundgesetz vom Aufstieg, 1989, S. 19

ein ins Gegenteil gewendeter Rassismus.

Deutsche, die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges über ihr Leid, das sie durch Bombardierung, Flucht und Vertreibung erfahren haben, berichteten, wurde lange gesagt, dass sie selber schuld seien, denn sie hätten Hitler zugelassen. Das war und ist ungerecht, a) weil die Hoffnung mit der NSDAP aus der sozialökonomischen Katastrophe herauszukommen, in die die Demokraten der Weimarer Republik die Menschen geführt hatte, die deutschen Bürger von damals gegenüber den neuen Gefahren blind gemacht hat und b) weil es schon schwer ist unter guten demokratischen Bedingungen eine Regierung – deren Politik als fehlgeleitet betrachtet wird – aus dem Amt zu jagen, solange eine Mehrheit nicht einsichtig ist und nicht den Mut zur Konsequenz entwickelt.

Es ist auch genauso ungerecht, zu sagen, die Flüchtlinge, die mörderischen Kriegen, der Folter oder dem Hunger entweichen, sie hätten selber schuld, weil sie die Regime oder die politischen Zustände in ihrem Heimatland zugelassen hätten. Und doch muss gelten, wenn die Masse der Menschen nicht abwertend als unmündige Wesen betrachtet werden soll, dass sie ihrer Verantwortung gegenüber der Familie und der Gesellschaft nachkommen muss und sich nicht darauf verlassen kann, dass Menschen anderer Gesellschaften sie ohne zögern aus ihrer misslichen Situation befreien. Damit die Menschen aber ihre Verantwortung für sich selbst und gegenüber ihrer Gesellschaft wahrnehmen können, müssen die Medien besser und ehrlicher über Hintergründe von Flucht- und Wanderungsbewegungen aufklären, als sie es bisher getan haben. Wenn z.B. gesagt wird, die Zuwanderer hätten in die Sozialkassen mehr eingezahlt als erhalten und verschwiegen wird, dass dem ja später auch mehr Forderungen folgen, dann ist das keine Aufklärung sondern Propaganda. Vergessen darf auch nicht werden, dass die durch den Krieg verursachte zwangsweise Umsiedlung von Deutschen in Deutschland keineswegs konfliktfrei war.

Wenn der *Liberale Mittelstand* Baden-Württemberg verlautbaren lässt,

> **Unternehmerabend in Heilbronn: "Fachkräfte aus dem Ausland - Ja bitte!"**

Herzliche Einladung zu unserem Unternehmerabend in Heilbronn am 15. Oktober 2014 um 19 Uhr.

Schon heute kann in einigen Branchen der steigende Fachkräftebedarf nur mit der Anwerbung von qualifizierten Personen aus dem Ausland gelingen. ... <

dann wird übersehen, dass diese Fachkräfte ja in ihren Heimatländern fehlen werden, wenn sie zu uns kommen. Und tendenziell sind Einwanderer eben auch Lohndrücker – und von daher von Unternehmern besonders willkommen und von einheimischen Arbeitnehmern als Konkurrenten nicht immer begrüßt. Vergessen wurde auch, dass die Exportwirtschaft gegenüber der Binnenwirtschaft

eine ergänzende Funktion haben sollte. Und dass Deutschland vom Export dominiert wird, hängt in der Hauptsache mit einer falschen Währungspolitik im Bretton Woods System in den ersten Jahrzehnten der Existenz der BRD zusammen, in dem die DM bei fixierten Wechselkursen unterbewertet war und so den deutschen Exporteuren und ausländischen Investoren eine von der Bundesbank vermittelte Prämie gewiss war. Bezahlt haben in Wirklichkeit diese Prämie die Sparer und anderen Inhaber von auf DM lautenden Forderungen durch die Inflationierung der DM. Das Phänomen Gastarbeiter war keine naturgesetzliche Erscheinung, sondern Folge einer so erzeugten überschäumenden Konjunktur bei uns und eine Unterbeschäftigung in den Heimatländern der Gastarbeiter. Eine kluge Wirtschaftspolitik schafft Arbeit – die die Menschen nährt - dort, wo sie zu Hause sind. Aber von den Voraussetzungen dafür habe ich im Handelsblatt noch nichts gelesen.

TA: Nachtrag aus dem Morning-Briefing vom 23. 12. 2014:

>> Handelsblatt-Chefredakteur **Hans-Jürgen Jakobs** hält den Demonstranten gegen eine angebliche "Islamisierung des Abendlandes" in seinem Leitkommentar eine **weihnachtliche Standpauke**: "In Firmen, die auf globalen Märkten bestehen müssen, ist **Vielfalt der Kulturen** die erwünschte Regel. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vertragen sich schlecht mit Exportrekorden." Er erinnert die 15.000 **Pegida-Protestler** daran, dass die biblische Weihnachtsgeschichte nicht vom Kampf der Kulturen handelt, sondern vom **Frieden** kündigt - und von der **Not zweier Asylsuchender**, die schließlich im Stall nächtigen. <<

TA: Natürlich ist die Vielfalt der Kulturen der Reichtum der Menschen insgesamt. Aber die Vielfalt ist etwas anderes als der Einheitsbrei, der sowohl den Menschen vom untergegangenen Sozialismus aufgezwungen wurde, wie auch jener, den der Kapitalismus den Menschen weltweit aufzwingt. Auch die Menschen in unserem und in den meisten anderen Staaten, die sich in eine Vielfalt der Lebensmöglichkeiten differenzieren möchten, müssen in der Regel vor den staatlich verursachten Zwängen kapitulieren. Das Bildungssystem und das soziale Sicherungssystem ist auf Uniformität ausgerichtet. Ein nicht ortsüblicher Zaun kann da schon das Blut des Nachbarn zum Wallen bringen. Die alten eingesessenen Verlierer unserer Gesellschaft sind eben auch nicht als Ausdruck der Vielfalt wohl gelitten, sondern als Versager oder Sozialschmarotzer gebrandmarkt. Wer sich da wundert, dass der oder die Fremde nicht immer als willkommen begrüßt wird, ist gegen seelische Befindlichkeiten der Menschen blind. Und Fremdenfeindlichkeit ist auch keine ausschließlich in Deutschland vorkommende Eigenschaft. Selbst Opfer von Fremdenfeindlichkeit können sich am anderen Ort unter anderen Umständen fremdenfeindlich verhalten. Jedenfalls ist es kein akzeptables Gebot, wenn da indirekt gesagt wird: „Verhaltet Euch alle friedlich, damit unser Renditeziel nicht gefährdet wird.“ Die erste Voraussetzung für Fremdenfreundlichkeit ist die gesicherte volle

Speisekammer und der warme Rückzugsort, der nicht streitig gemacht wird.

Und wie berechtigt ist der Hinweis von Hans-Jürgen Jakobs auf die Weihnachtsbotschaft in einer Wirtschaftszeitung, die garantiert nicht die Umsatzsteigerung und die Höhe der Rendite von Rüstungsunternehmen kritisiert? Neulich schrieb ein Teilnehmer einer E-Mail-Liste:

>> Mein Vater hat mich schon frühzeitig gelehrt, dass wir von den Religionen aller Schattierungen in dieser Hinsicht nichts zu erwarten haben, denn wie oft sagte er in meinem Beisein: "2.000 Jahre Christi Idee und 2.000 Jahre Mord und Totschlag!" <<

Ein Anderer Teilnehmer, dem der protestantische christliche Glaube ein fester Halt und Orientierung ist, antwortete:

>> Der Satz an sich ist sogar richtig, aber die Schlussfolgerung, dass "von den Religionen aller Schattierungen in dieser Hinsicht nichts zu erwarten" sei, halte ich für grundfalsch. Sie hätten zumindest - für die anderen Religionen kann ich nicht sprechen - zwischen der christlichen Lehre und dem, was manche Kirchen bzw. ihre Vertreter daraus gemacht haben, unterscheiden müssen. Wenn Sie zumindest das Neue Testament lesen, sollte ihnen klar werden, dass zweitausend Jahre Mord und Totschlag die zweitausend Jahre Botschaft Christi pervertieren und zweitausend Jahre leistungslose Einkommen ebenso.<<

Vor dem Hinweis von Gabor Steingart auf den Beitrag von Handelsblatt-Chefredakteur Hans-Jürgen Jakobs ist zu lesen:

>> **Papst Franziskus** hat kurz vor Heiligabend noch mal hingelangt. Er warf den eigenen Bischöfen bei einer Weihnachtsfeier "**geistlichen Alzheimer**" vor. Viele hielten sich für "unantastbar", lebten in "mentaler Erstarrung". Der Papst liebt offenbar das **alte Testament** mehr als das neue. Dort begegnet uns neben dem gütigen auch der **zornige Gott**. <<

Vielleicht ist die Kritik des katholischen Papstes Franziskus ähnlich motiviert wie der oben zitierte Hinweis eines Protestanten auf den Widerspruch von christlicher Botschaft und ökonomisch dominierter Wirklichkeit. Würde es Weihnachten noch geben, wenn es nicht ein umsatzstarkes Konsumfest wäre? Was kann die theoretische und praktische Ökonomie dazu beitragen, dass der christliche Glaube an Glaubwürdigkeit gewinnt?¹⁰ TA

10 Ich denke dabei nicht an spirituelle Inhalte, sondern an den Aussagen zur Soziallehre.